

# Aktionsplan des Netzwerks Gleichstellung und Selbstbestimmung Rheinland-Pfalz

---

zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

**NGS**

Mainz im März 2013

# **Gleichstellung** durchsetzen

## **Teilhabe** verwirklichen

### **Selbstbestimmung** ermöglichen

Zielsetzung des Netzwerks Gleichstellung und Selbstbestimmung (NGS) Rheinland-Pfalz ist es, die gleichberechtigte Teilhabe, Chancengleichheit und Selbstbestimmung ALLER behinderter und chronisch kranker Menschen auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention zu fördern, das teilweise noch vorherrschende Fürsorge-Paradigma zu überwinden und damit eine inklusive Gesellschaft zu realisieren. Das NGS arbeitet dabei solidarisch, behinderungs- und verbandsübergreifend mit unterschiedlichsten Partnerinnen und Partnern zusammen – sowohl auf Landesebene (Sprecherrat) als auch auf kommunaler Ebene (Regionalgruppen). Die Bewusstseinsbildung für das Thema Inklusion ist hierbei eine der zentralen Aufgaben des NGS – der Netzwerkgedanke und die damit zusammenhängende Bündelung von Interessen der Menschen mit Behinderungen eine weitere. Getreu dem Motto „nichts über uns ohne uns“ fordern wir die konsequente Einbindung der Betroffenen in der Politik und (Fach-)Öffentlichkeit.

## **Barrierefreiheit**

### Zielsetzung

Das Netzwerk steht für umfassende, behinderungsübergreifende Barrierefreiheit als Grundvoraussetzung für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben und fordert die schnellst mögliche Umsetzung dieser. Barrierefreiheit wird über alle Handlungsfelder hinweg als Querschnittsthema betrachtet. Das Netzwerk begrüßt die im Bundesgleichstellungsgesetz in §4 formulierte Definition: „Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind“.

### Maßnahmen

- Abschluss von Zielvereinbarungen zur Herstellung von Barrierefreiheit
- Bereitstellung und Verleihung einer Induktionsanlage für schwerhörige Menschen
- Mitwirkung bei der Novellierung der Landesbauordnung (LBauO)
- Initiative „Mehr Sitzmöglichkeiten in der Trierer Innenstadt“: In der Trierer Innenstadt wurden auf Initiative des Netzwerks mit Unterstützung der SPD bereits mehrere zusätzliche barrierefreie Sitzgelegenheiten angeschafft und installiert. Das Projekt wird in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt Trier umgesetzt. Weitere barrierefreie Sitzgelegenheiten sollen in den nächsten Jahren hinzukommen.
- Herstellung von Barrierefreiheit durch den Druck von für blinde Menschen wahrnehmbaren Speisekarten in Trierer Gastronomiebetrieben

- Barrierefreie Gestaltung der Internetseiten des Netzwerks und Beratung in Bezug auf W3C-Standards zur barrierefreien Gestaltung von Internetseiten
- Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern, Induktionsanlagen, Materialien in leichter Sprache und Braille-Schrift

## **Erziehung und Bildung**

### Zielsetzung

Das Netzwerk steht für die inklusive Erziehung und Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich in allen Lebensbereichen und Altersstufen sowie für ein echtes Wahlrecht. Die sonder- bzw. förderpädagogische Kompetenz muss in den Regelunterricht einfließen, damit Menschen mit Behinderungen die volle Unterstützung erfahren. Das Netzwerk fordert

- Bedarfsdeckende Finanzierung der Integrationshelfer, Stärkung des Berufsbildes, bessere Einbindung in die Schulen,
- Reduzierung der Klassengrößen
- Ergänzung der Lehrerbildung um den Bereich „Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen“
- Umfassende barrierefreie Ausstattung der Schulen mit einem ausreichend großen Raumkonzept
- Veränderung beziehungsweise Verbesserung des Personalschlüssels

Kinder mit Behinderungen sollen von Anfang an in ihrer Entwicklung gefördert und gestärkt werden. Eine umfassende Unterstützung in den regulären Institutionen wie Kindertagesstätten und Schulen ist daher anzustreben. Vor dem Hintergrund dieser Ziele und der UN-Konvention wird es notwendig sein, das Schulgesetz zu verändern, um die „Schule für Alle“ zu ermöglichen.

### Maßnahmen

- Zusammenarbeit und Unterstützung der rheinland-pfälzischen Initiative „Eine Schule für alle“
- Veranstaltungsreihe zum Thema „Inklusion in Bildung und Erziehung“, bei der alle an Inklusion Interessierten gemeinsam Ideen entwickeln, Umsetzungen angehen und spezielle Arbeitsgruppen zum Thema gründen
- Arbeitsgruppe zum Thema Anpassung der Lehrerbildung an die neuen Anforderungen von inklusiver Bildung in Trier
- Teilnahme und Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen an Fachgesprächen im Bildungsministerium

## **Arbeit**

### Zielsetzung

Das Netzwerk steht für die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem regulären Arbeitsmarkt sowie für alternative Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt, beispielsweise in Form von Integrationsbetrieben. Um die Beschäftigungssituation behinderter Menschen weiter zu verbessern, müssen unter anderem Förderinstrumente wie Budget für Arbeit, Arbeitsassistenz, Lohnkostenförderung, Finanzierung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung und weitere Rehabilitationsleistungen im vollen Umfang erhalten bleiben beziehungsweise ausgebaut werden. Um mehr Selbstbestimmung zu ermög-

lichen und dem Wunsch- und Wahlrecht von behinderten Menschen besser gerecht zu werden, setzen wir uns für eine intensivere Nutzung des Persönlichen Budgets bei der Inanspruchnahme von Leistungen zur beruflichen Teilhabe ein.

#### Maßnahmen

- Gemeinsame Veranstaltungsreihe des Netzwerks Trier, des IFD-Trier, des Integrationsamtes und der Vereinigung Trierer Unternehmer (VTU) für Arbeitgeber mit dem Ziel, diese für das Thema „Chancen der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung“ zu sensibilisieren

### **Wohnen und persönliche Assistenz**

#### Zielsetzung

Das Netzwerk steht für selbstbestimmte und inklusive Wohnformen außerhalb von stationären Einrichtungen mitten in der Gemeinde. Dabei muss die notwendige Unterstützung in Form von Assistenz und Begleitung zur Bewältigung des Alltags gesichert sein.

#### Maßnahmen

- Veranstaltungsreihe zum Persönlichen Budget
- Zusammenarbeit mit dem Netzwerk „PRObudget“
- Herausgabe der Broschüre „Was muss anders werden, damit Menschen mit Behinderung gute Unterstützung bekommen“ – eine Broschüre über Wohnen mit Assistenz in leichter Sprache
- Mitwirkung bei Umsetzung und Evaluierung des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe (LWTG)
- Teilnahme und Mitwirkung des Netzwerks an Veranstaltungen zum Thema Wohnen in Trier und kritische Begleitung der Entwicklung des neuen Wohnraumkonzeptes für Trier
- Zusammenarbeit des Netzwerks mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen in Trier im Themenfeld „Wohnen“. Ziel dabei ist sowohl Bestandsaufnahme als auch Verbesserung der Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung.

### **Gesundheit und Pflege**

#### Zielsetzung

Vorbedingung für die individuelle Teilhabe behinderter Menschen ist sowohl die Bereitstellung von Rehabilitationsleistungen als auch von Heil- und Hilfsmitteln, die über die derzeitige Grundversorgung hinausgehen.

#### Maßnahmen

- Einsatz für barrierefreie Arztpraxen in Rheinland-Pfalz
- Patientenbeteiligung in Landesausschuss, Zulassungs- und Berufungsausschüssen
- Einsatz für die Überprüfung abgelehnter Therapie- und Teilhabeleistungen und für die Sicherstellung einer weiteren Begutachtung bzw. Zweitmeinung

## **Interessenvertretung**

### Zielsetzung

Ziel des Netzwerks ist eine behinderungsübergreifende, partnerschaftliche und solidarische Zusammenarbeit und Vernetzung der rheinland-pfälzischen Selbsthilfe zur Stärkung ihrer Lobby. Dabei fordert es die konsequente Einbindung der Betroffenen (-verbände) in die Entscheidungsprozesse, da diese die Experten in eigener Sache sind.

### Maßnahmen

- Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen sowie Mitarbeit in Gremien
- Formulierung von Wahlprüfsteinen zur Kommunalwahl 2014
- Jährliches Gespräch mit den Staatssekretärinnen und Staatssekretären der rheinland-pfälzischen Ministerien
- Intensivierung der Öffentlichkeits- und Pressearbeit für die Belange von Menschen mit Behinderungen
- Beteiligung an Aktionen vor Ort (z.B. dem europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai)